

KREUZBERG

Mieter fürchten Verdrängung

Verkauf von Bewoge-Häusern: BVV diskutiert Antrag zum Mieterschutz

VON SABINE GUNDLACH

„Wir trauern um unseren Kiez, den(n) Privatisierung zerstört“ steht auf den Flyern der Betroffenen-gemeinschaft Walde-Kiez, die um den Erhalt bezahlbaren Wohnraumes kämpft. Beunruhigt vom Verkauf zahlreicher Bewoge-Häuser an Privateigentümer haben sich die Bewohner zusammengeschlossen und machen mobil. Die Anwohner des Gebietes zwischen Waldemar-, Adalbert- und Manteuffelstraße fürchten als Folge „der Privatisierung im großen Stil“ Mieterhöhungen, Luxussanierung und in letzter Konsequenz sogar die Vertreibung aus ihrem Wohngebiet.

Am Wochenende hatten etwa 800 Mieter Trauerbeflaggung vor ihren Fenstern aufgezogen, heute wird sich die Bezirksverordneten-Versammlung mit dem Thema beschäftigen. Auf Initiative der Betroffenenengemeinschaft beantragt die PDS ein Mieterschutzkonzept. Die SPD beantragt, weitere Privatisierungen nicht vorzunehmen, bis der

Senat die Einhaltung der Grundsätze der Wohnraumprivatisierung garantiert. „Der neue Eigentümer unseres Hauses will alle hier raushaben“, sagt beispielsweise Beate Lukas-Rose, die im Haus Waldemarstraße 42 wohnt. „Das werden hier ganz schicke Lofts“, habe der Eigentümer einem Bewohner deutlich gesagt, erzählt Frau Lukas-Rose. „Die Bewoge verkauft, ohne sich darum zu kümmern, wie es weitergeht“, kritisiert Mieter Christoph Wartenberg, der noch bis Ende Februar in seinem Laden „Radlust“ Hollandräder verkauft.

Bei der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM), die für ihre Tochterfirma Bewoge im Kiez bereits neun Häuser verkauft hat und etwa 40 weitere Häuser verkaufen will, ist man über die Kritik „entsetzt“. „Wir finden das unangebracht, weil wir großen Wert auf die Zusammenarbeit mit unseren Mietern legen“, sagt WBM-Sprecherin Birgit Stötzer. Man habe die Mieter zeitig über den Verkauf informiert. Dass die Zweiwochenfrist

zur Reaktion auf das den Mietern zugestandene Vorkaufsrecht nach Ansicht der Betroffenen „viel zu kurz war“, sieht Stötzer anders.

„Ein kurzer Anruf, der Interesse signalisiert, hätte gereicht.“ Dann wäre den Mietern Zeit für ein Finanzierungskonzept eingeräumt worden, versichert Frau Stötzer. Die Angst der Bewohner vor Vertreibung aus ihren Wohnungen versteht sie nicht. Vor dem Verkauf seien Vertragsänderungen zum Schutz der Bewohner herausgegangen. „Kauf bricht nicht Mierte“, beteuert Birgit Stötzer und ergänzt, dass die Vertragsänderung auch den Verzicht auf die Möglichkeit der Eigenbedarfskündigung sowie den Verzicht auf die Durchführung von Luxusmodernisierung festschreibe. „Wir sind verpflichtet zu verkaufen“, sagt die WBM-Sprecherin. Die Häuser seien in den 70er-Jahren vom Sanierungsträger übernommen worden, um sie später zu privatisieren. „Teilweise günstige Mieten zu erhöhen, hätten wir auch erwogen“, sagt Birgit Stötzer.

hopo 28.1.04